

## SLOWENIEN

ROMAN LUKA PRUNČ

REINHARD WESSEL

28. September 2011

[www.kas.de/kroatien](http://www.kas.de/kroatien)[www.kas.de](http://www.kas.de)

## Borut Pahors Regierung am Ende - Chronik eines Scheiterns

**Nach monatelanger Talfahrt in den Umfragen verlor die linke slowenische Regierung am 20.09.2011 eine Vertrauensabstimmung. Diese Niederlage bildet den Schlusspunkt einer monatelangen politischen Krise, die das politische Leben des Landes fast zum Erliegen brachte.**

Die Regierung aus Sozialdemokraten (SD), der linksliberalen Zares („Für Wahr“), der Liberaldemokratischen Partei (LDS) und der Rentnerpartei (DeSUS) übernahm im November 2008 die Geschicke des Landes. Ihr Ministerpräsident Borut Pahor (SD) erklärte in seiner Antrittsrede, dass es das Primärziel seiner Koalition sei, Slowenien möglichst unbeschadet durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise zu führen. Um dies zu erreichen meinte er, brauche es einen möglichst breiten Konsens über alle politischen Lager hinweg. Aus der heutigen Perspektive zeigt sich jedoch, dass diese Ziele nicht erreicht werden konnten, ganz im Gegenteil.

Die Wirtschaftskrise hat Slowenien mit voller Härte getroffen. So ist die Arbeitslosigkeit heute doppelt so hoch wie beim Amtsantritt der Regierung und ebenfalls die Staatsverschuldung ist enorm gestiegen. Zahlreiche Unternehmen des Landes, darunter auch einige der größten und prestigeträchtigsten, sind schwer angeschlagen oder bereits von einem Konkursverfahren betroffen. Die Baubranche, einst einer der wichtigsten Motoren der slowenischen Wirtschaft, hat es dabei besonders hart erwischt. Ein Ende der negativen Entwicklung und somit ein spürbarer Aufschwung sind nicht in Sicht.

Auch vom angestrebten breiten Konsens in Politik und Gesellschaft ist die Regierung

weit entfernt. Die politischen Lager scheinen heute weiter von einander entfernt zu sein denn je. Doch es sind nicht nur Regierung und Opposition die, so wie es in nahezu jeder Demokratie normal ist, miteinander im Konflikt steht. Auch die Koalitionsparteien untereinander scheuten sich nicht davor, ihre Meinungsverschiedenheiten immer wieder öffentlich auszutragen oder sogar öfters mit dem Austritt aus der Koalition zu drohen, bis zwei von ihnen diese Drohungen wahr machten.

### Schritt für Schritt auf das Ende zu

In den Meinungsumfragen zeichnete sich bereits kurz nach der Regierungsübernahme ein erheblicher Vertrauensverlust der Bevölkerung ab. Der Popularitätsverlust des linken Koalitionsbündnisses nahm Ende des Jahres 2010 deutlich zu, nachdem sich eine handfeste Regierungskrise zu entwickelte. Im November erklärte die Rentnerpartei DeSUS aus Protest gegen die geplante Nicht-Erhöhung der Renten die Kooperation mit den weiteren Regierungsparteien für beendet. Ein mögliches Ende der Regierung stand zu diesem Zeitpunkt bereits im Raum. Dies konnte zwar schließlich noch abgewendet werden, doch das Koalitionsklima war von Stund an vergiftet. Der nächste große Schlag für die Regierung folgte bald darauf: Am 12. Dezember 2010 lehnten über 70 % der Wähler in einem Referendum die von ihr geplante Rundfunkreform ab.

Im Januar 2011 geriet Finanzminister Franc Križanič (SD) ins Visier des slowenischen Rechnungshofs, der dem Minister vorwarf, im Zuge der Privatisierung eines Schiffsverkehrsunternehmens grob gegen Wirtschaftlichkeitsgrundsätze verstoßen zu haben. Mit

**SLOWENIEN**

ROMAN LUKA PRUNČ  
REINHARD WESSEL

28. September 2011

[www.kas.de/kroatien](http://www.kas.de/kroatien)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Finanzminister Križanič stand eine Person im politischen Feuer, der als enger Vertrauter des Ministerpräsidenten Pahor und als eine der zentralen Figuren in der Regierung galt. Nach einem intensiven Schlagabtausch mit der Opposition und dem Rechnungshof einigten sich die Koalitionsparteien schließlich darauf, Križanič trotz aller Kritik im Amt zu halten. Als Begründung dafür führte Pahor an, dass der Finanzminister gerade in Zeiten der Krise einer der am stärksten geforderten Minister sei, der dennoch seine Aufgaben gut erfüllt habe.

Angeschlagen durch interne Querelen und schlechte Popularitätswerte schleppte sich die Koalition in den April, der sich als verhängnisvoller Monat erweisen sollte. Am 10.04.11 stand abermals ein Referendum auf der Tagesordnung. Zur Abstimmung stand dabei ein Gesetz über sogenannte Mini-Jobs, eine spezielle Form der geringfügigen Beschäftigung. Das Gesetz wurde von der Regierung als ein Teil eines großen Reformpaketes präsentiert, mit welchem sie Slowenien aus der Krise führen wollte. Daher galt die Abstimmung zu einem großen Teil auch als eine Abstimmung über die Arbeit der Regierung. Das Zeugnis der Wähler fiel verheerend aus, denn das Gesetz wurde mit über 80 % der Stimmen abgelehnt. Doch damit nicht genug, denn die Abstimmung galt als Stimmungsbarometer für den „Super-Referendumstag“ zwei Monate später, an dem sogar drei Referenden gleichzeitig abgehalten werden sollten. Eines dieser Referenden beinhaltete die Abstimmung über das Rentenreformpaket der Regierung, das zentrale und wichtigste Gesetz der geplanten Reformpolitik überhaupt.

Die Rentenreform war schon seit längerem ein heiß diskutiertes Thema und Streitobjekt zwischen den Koalitionsparteien gewesen. Der Kernpunkt der Reform war eine Anhebung des in Slowenien relativ niedrig liegenden Rentenalters auf 65 Jahre. Mit dieser Idee konnte sich allerdings die Rentnerpartei DeSUS, der Natur ihres Zusammenschlusses entsprechend, von Beginn an nicht anfreunden. Wenngleich die neue Altersgrenze im europäischen Vergleich noch sehr moderat ausfallen sollte, glaubte die Rentnerpartei diesen Anstieg

nicht zumuten zu können. Zwar unterstützte die Partei beim Referendum sogar die Reformgegner, doch als Regierungsmitglied wurde sie dennoch als Teil der Gesetzesbefürworter wahrgenommen. Zusätzlich kämpfte die DeSUS von jeher mit ihrer Position als kleinster Koalitionspartner, einer Rolle in der sie sich oft medial unterrepräsentiert sah. Angesichts der drohenden Niederlage der Regierung am Super-Referendumstag geriet die Partei zunehmend unter Druck und sah sich zu einer „Schärfung“ ihres Profils veranlasst. Mit dem 18. April 2011 bot sich dazu ein willkommener Anlass. An diesem Tag trat die DeSUS-Ministerin für lokale Selbstverwaltung und Regionalpolitik Duša Trobec Bučan nach gerade einmal drei Monaten von ihrem Amt zurück, weil sie sich vom Ministerpräsidenten Borut Pahor zu wenig unterstützt fühlte. Nur einen Tag später verkündete der DeSUS-Vorsitzende Karl Erjavec, dass seine Partei aufgrund des Ministerrücktritts und der Differenzen hinsichtlich der Rentenreform den Austritt aus der Koalition beabsichtigte, wenngleich die endgültige Entscheidung darüber aber erst durch den Parteirat Anfang Mai getroffen werden sollte.

Nur zwei Tage später kritisierte mit dem Parteichef der linksliberalen Zares Gregor Golobič ein weiterer Vorsitzender eines Koalitionspartners öffentlich die Regierungsarbeit. Golobič kündigte dabei an, dass er von seinem Posten als Minister für Hochschulbildung, Wissenschaft und Technologie zurücktreten werde ohne jedoch einen genauen Termin zu nennen. Kurz darauf legte er fest, noch vor den bevorstehenden Referenden zurückzutreten, wobei er aber die Frage offen ließ, welche Konsequenzen dieser Schritt für seine Partei, ihre weiteren Minister und deren Verbleib in der Regierung haben sollte.

Angesichts der desolaten Lage der Koalition wurde der Ruf nach einem endgültigen Aus der Regierung und vorzeitigen Neuwahlen immer lauter. Bald meldete sich sogar der eigentlich als regierungsfreundlich geltende Staatspräsident Danilo Türk zu Wort und plädierte für einen vorgezogenen Urnengang. Dieser ist in der gegebenen Verfassungslage Sloweniens nicht so einfach her-

**SLOWENIEN**

ROMAN LUKA PRUNČ  
REINHARD WESSEL

28. September 2011

[www.kas.de/kroatien](http://www.kas.de/kroatien)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

beizuführen. Denn in der slowenischen Verfassung ist die Möglichkeit einer Selbstauflösung des Parlaments (bzw. korrekt: Der Staatsversammlung) nicht vorgesehen. Daher können Neuwahlen nur dann stattfinden wenn der Ministerpräsident freiwillig zurücktritt oder die Regierung eine Vertrauensabstimmung in der Staatsversammlung verliert und binnen 30 Tagen kein neuer Ministerpräsident gewählt wird. Das alleinige Recht die Vertrauensfrage zu stellen, hat nur der Ministerpräsidenten.<sup>1</sup> Dieser machte zum damaligen Zeitpunkt deutlich, dass für ihn dies nicht in Frage käme. Zu diesem Zeitpunkt – Ende April 2011 - war dies auch keine besondere Überraschung, denn noch war keine Partei tatsächlich aus der Regierung ausgetreten und die Koalition noch immer in Besitz ihrer Mehrheit.

Dies sollte sich bald ändern. Am 9. Mai 2011 tagte der Parteirat der DeSUS und beschloss, den Austritt der Partei aus der Regierung zu vollziehen. Als Grund für diesen Schritt führte der Parteivorsitzende Karl Erjavec an, dass man sich nicht mehr als gleichberechtigter Partner in der Regierungsarbeit gefühlt habe. Obwohl sich die Partei für schnelle Neuwahlen aussprach, betonte ihr Vorsitzender gleichzeitig, dass man auch als Oppositionspartei weiterhin konstruktiv mit der Regierung zusammenarbeiten wolle. Dem nicht genug, verblieb auch der von der Rentnerpartei gestellte Umweltminister Roko Žarnić im Amt. Mit diesem Winkelzug wurde überdeutlich, dass die DeSUS angesichts der sich ankündigenden verheerenden Regierungsniederlage bei gleich drei Referenden im darauf folgenden Monat, als erste versuchte, sich aus dem drohenden Abwärtsstrudel zu befreien. Die übrigen Koalitionsparteien, die auf nurmehr

---

<sup>1</sup> Die Regierung kann auch durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt werden. Dabei müsste sich die Mehrheit der Abgeordneten auf einen neuen Ministerpräsidenten einigen, wodurch der aktuelle Amtsinhaber der Macht enthoben werden würde. Der neue Ministerpräsident könnte danach selbst die Vertrauensfrage stellen und somit Neuwahlen auslösen. Angesichts der verfahrenen politischen Verhältnisse in der slowenischen Staatsversammlung ist diese Lösung jedoch eine rein hypothetische.

auf 42 der 90 Abgeordneten abstützen konnten, verkündeten jedoch unverdrossen, dass sie keine Rücktrittsabsichten hegten und wiesen darauf hin, dass sich an ihrer Situation nicht viel geändert habe, da die DeSUS bereits seit geraumer Zeit kaum noch mit den restlichen Regierungsparteien kooperiert habe.

Die öffentliche Aufmerksamkeit der folgenden Wochen konzentrierte sich nahezu ausschließlich auf die drei Referenden am 5. Juni 2011 und dabei ganz besonders jenem über die Rentenreform. Die politischen Beobachter waren sich darüber einig, dass dessen Ergebnis maßgeblich über das Weiterbestehen der Regierung entscheiden würde. Je näher der Termin rückte umso klarer wurde allerdings, dass die Reform abgelehnt werden würde. Und auch bei den anderen beiden Referenden zeichneten sich klare Niederlagen für die Regierung ab. Diese Abstimmungen betrafen einerseits ein Gesetz der Regierung zur verstärkten Bekämpfung von Schwarzarbeit und andererseits eine Gesetz mit welchem der Zugang zu den slowenischen Geheimdienstarchiven stark eingeschränkt werden sollte, was vor allem die Erforschung der slowenischen Geschichte im jugoslawischen Staatsverband massiv behindert hätte.

In der Woche vor den entscheidenden Abstimmungen ließ schließlich auch der Zares-Vorsitzende Gregor Golobč seinen Worten Taten folgen und verkündete seinen Rücktritt als Minister, der ausgerechnet einen Tag vor dem Referendumssonntag wirksam werden sollte. Angesichts der drohenden Niederlage kündigte Ministerpräsident Pahor an, dass ein Scheitern der Reform zu drastischen Sparmaßnahmen an anderen Stellen führen würde und dass Slowenien sogar ein Schicksal ähnlich jenem Griechenlands bevorstehen könnte.

Der Referendumssonntag 5. Juni 2011 wurde tatsächlich ein rabenschwarzer Tag für das Koalitionsbündnis, der eindeutig belegte, dass die Bevölkerung das Vertrauen in ihre Regierung endgültig verloren hatte. Denn die Ergebnisse der drei Abstimmungen bedeuteten nicht bloß die erwarteten Niederlagen für die Regierung, sondern kamen

**SLOWENIEN**

ROMAN LUKA PRUNČ  
REINHARD WESSEL

28. September 2011

[www.kas.de/kroatien](http://www.kas.de/kroatien)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

in ihrer Deutlichkeit einer schallenden Ohrfeige gleich. Alle drei Referenden gingen mit über 70% der abgegebenen Stimmen verloren (Archivgesetz 70,88%, Rentenreform 72,05%, Schwarzarbeit 75,41%), wodurch die Serie der gravierenden Referendumsniederlagen des Kabinetts Pahor weitergeführt wurde. De facto bedeutete dies, dass die slowenische Regierung mit ihren zentralen Reformidee gescheitert war, katastrophale Popularitätswerte aufwies und ihre Mehrheit im Parlament verloren hatte, also mehr oder minder handlungsunfähig war. Doch Ministerpräsident Pahor betonte auch in dieser Situation, dass seiner Meinung nach Neuwahlen nicht zur Debatte stünden.

So meldete sich der Zares-Vorsitzende Gregor Golobič zu Wort, der gerade erst zurückgetreten war und dessen Partei als einzige die Ernsthaftigkeit der Lage zu verstehen schien. Er verlangte angesichts der verfahrenen Situation von den beiden weiteren Vorsitzenden der Regierungsparteien Ministerpräsident Borut Pahor (SD) und Innenministerin Katarina Kresal (LDS) ihre Regierungsämter niederzulegen, um so eine grundlegende Erneuerung der Regierung zu ermöglichen. Nachdem diese sich dem widersetzen, stellte er seinen Noch-Partnern ein Ultimatum, nach welchem bis zum 25. Juni 2011 eine grundlegende Rekonstruktion der Regierung stattzufinden habe, womit er auch einen Rücktritt des gegenwärtigen Ministerpräsidenten meinte. Dieses Datum hatte er mit Bedacht gewählt, denn an diesem Nationalfeiertag sollten die Slowenien den 20. Jahrestag ihrer Unabhängigkeit begehen.

Doch auch dieses Ultimatum beeindruckte Pahor nicht. Vielmehr verkündete er, weiterhin in seinem Amt verbleiben zu wollen und die Regierung bis zum Ende der Legislaturperiode zu führen. Angesichts der scheinbaren Unnachgiebigkeit des Ministerpräsidenten fielte die Zares wenige Tage vor Ablauf ihres Ultimatums den Entschluss zum Regierungsaustritt und des Abzugs ihrer drei verbliebenen Minister von ihren Posten. Somit war die Regierung innerhalb von nicht einmal zwei Monaten von einer Vierparteiencoalition mit klarer parlamentarischer

Mehrheit zu einer Zweiparteienkoalition mit lediglich 33 von 90 Mandaten geschrumpft.

Nun begann auch die Parteichefin der LDS, Katarina Kresal, laut über die Möglichkeit vorgezogener Neuwahlen nachzudenken. So blieb schließlich auch dem bisher uneinsichtigen Borut Pahor nur mehr die Erkenntnis, dass seine Regierung am Ende sei. So schien es zumindest. Daher trat am 27. Juni Katarina Kresal vor die Medien und verkündete, sie und Pahor hätten sich bei einem Treffen darauf geeinigt, einen kontrollierten Übergang der Regierung hin zu vorgezogenen Neuwahlen anzustreben. Auf dem Weg dorthin wolle die Regierung jedoch noch einige wichtige Gesetzesvorhaben erledigen, für die jeweils eigene Mehrheiten im Parlament gefunden werden sollten. Nachfragen hinsichtlich der Anberaumung von Neuwahlen wich sie aus. Trotz der äußerst unspezifischen Äußerungen Kresals verstand die Öffentlichkeit dies als eine klare Ansage für ein baldiges Regierungsende und die Möglichkeit von Neuwahlen noch im Herbst. Angesichts der faktischen Handlungsunfähigkeit der Regierung ohne parlamentarische Mehrheit erschien dies auch als einzige logische Konsequenz. Doch bereits Anfang Juli deutete Pahor in einem großen Fernsehinterview, doch an seinem Amt festhalten zu wollen. Er wäre sofort zurückgetreten wenn dies automatisch zu Neuwahlen führte. Dies sei aber nicht ohne weiteres angezeigt, da die Verfassung vorsehe, dass die Staatsversammlung nach einer gescheiterten Vertrauensfrage einen neuen Ministerpräsidenten wählen könne. Dieser habe dann aber keine ausreichende demokratische Legitimation durch eine Parlamentswahl des slowenischen Volkes.

Der wahre Hintergrund für diese Haltung dürfte allerdings weniger die Sorge um die möglicherweise mangelnde Legitimation des neuen Regierungschefs gewesen sein, als vielmehr die Furcht Pahors, von der eigenen Partei im Stich gelassen zu werden.

Wie auch immer: Die größte Oppositionspartei, die bürgerliche SDS, sprach sich klar und deutlich für Neuwahlen aus. Angesichts der weiter bestehenden Mehrheitsverhältnisse einerseits und die einen haushohen

**SLOWENIEN**

ROMAN LUKA PRUNČ  
REINHARD WESSEL

**28. September 2011**

[www.kas.de/kroatien](http://www.kas.de/kroatien)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Wahlsieg prophezeienden Umfragen, eine nachvollziehbare Haltung.

Als Konsequenz des Austrittes der Zares aus der Regierung kündigte der von ihr gestellte Parlamentspräsident Pavel Gantar an, sich nach dem Ende der parlamentarischen Sommerpause von seinem Posten zurückzuziehen. Doch nicht die Suche nach einem Nachfolger sollte die größte Herausforderung des Sommers für Borut Pahor und dessen Regierung werden, sondern die Anfang August von Seiten des Rechnungshofes und der Anti-Korruptionsbehörde erhobenen Korruptionsvorwürfe gegen die LDS Vorsitzende und amtierende Innenministerin Katarina Kresal. Diese zog innerhalb weniger Tage die Konsequenzen und erklärte ihren Rücktritt. Zu diesem Zeitpunkt kämpfte die Regierung bereits mit katastrophalen Umfragewerten, denen zufolge bereits über 80% der Slowenen mit der Regierung unzufrieden waren.

Pahor hatte für keinen der zuletzt abhandengekommenen Minister einen adäquaten Ersatz nominiert. Deren Aufgaben übertrug er Ministern anderer Ressorts, die sich nunmehr mit einer Doppelfunktion konfrontiert sahen. Diese Lösung konnte allerdings nicht von Dauer sein. Mit dem Rücken zur Wand entschied sich Pahor, die Abstimmung über die Neubestellung der fehlenden Regierungsmitglieder mit der Vertrauensfrage zu verknüpfen. Die Abstimmung wurde für den 20. September 2011 angesetzt und endete mit einer Abstimmungsniederlage der Regierung. 51 der 88 anwesenden Abgeordneten sprachen sich gegen Borut Pahor aus.